



M1 König Charles III. bei der Begräbnisprozession seiner Mutter, Königin Elisabeth II., Fotografie, September 2022

M2 Stimmen zur Monarchie

Der britische Schauspieler Daniel Radcliffe:

No. I am not a royalist. Not at all. I am definitely a Republican in the British sense of the word. I just don't see the use of the monarchy though I'm a fierce patriot. I'm proud proud proud of being English, but I think the monarchy symbolizes a lot of what was wrong with the country.

Der frühere kanadische Premierminister Pierre Trudeau:

Canadians should realise when they are well off under the Monarchy. For the vast majority of Canadians, being a Monarchy is probably the only form of government acceptable to them. I have always been for parliamentary democracy and I think the institution of Monarchy with the Queen heading it all has served Canada well.

Zit. nach: politics.co.uk

- 1 Erörtern Sie anhand der Materialien (M2, M3 und der Randspalte auf S. 2) Vor- und Nachteile von Monarchien im 21. Jahrhundert.
- 2 Diskutieren Sie die Notwendigkeit der Ausarbeitung der Kolonialgeschichte. Nehmen Sie dabei auch Bezug auf den Commonwealth und die Diversität der Gesellschaft.

Großbritannien – Krönung in Krisenzeiten

Am 6. Mai 2023 wird Charles III. in der Westminster Abbey feierlich zum König des Vereinigten Königreichs (UK) sowie von 14 sogenannten **Commonwealth Realms** gekrönt. Dazu gehören neben Kanada, Australien und Neuseeland vorwiegend Inselstaaten in der Karibik und im Pazifik, wie Antigua und Barbuda, Belize, die Bahamas, Tuvalu und Papua-Neuguinea. In einigen dieser Staaten wird der Ruf nach einer Unabhängigkeit von der britischen Monarchie allerdings immer lauter. Barbados erklärte sich bereits 2021 zur Republik. In den karibischen Inselstaaten wird auch vehement eine Aufarbeitung der Verantwortung der britischen Monarchie für den Sklavenhandel eingefordert. Der australische Premierminister Albanese (Labour) gilt auch als Befürworter der Republik. Und im Vereinigten Königreich nimmt unter jungen Menschen ebenfalls die Begeisterung für die Monarchie ab.

Die Inszenierung der Krönung mit ihren Ritualen als pompöses (inter-)nationales Medienereignis erfolgt vor einem mehr als krisenhaften Hintergrund. Großbritannien leidet unter den Folgen des Brexit und einer schweren Wirtschaftskrise. Immer mehr Menschen können sich Wohnen und Leben kaum mehr leisten, weil die Regierung sich weigert, die Löhne an das Inflationsniveau anzupassen. Die Folge ist eine Serie von Streiks im öffentlichen Dienst, die neben dem Verkehr und Bildungseinrichtungen vor allem den desolaten Gesundheitssektor betreffen. Im Winter blieben Supermarktregale leer, weil Personal für den Transport fehlte und der Brexit die eingespielten Handelsbeziehungen mit der EU beeinträchtigt.

Die Gesellschaft ist zutiefst gespalten – in Arme und (sehr) Reiche, in den begünstigten Süden um London und die abgehängten ehemaligen Industrieregionen im Westen und Norden. Das gilt auch für die herrschende konservative Partei. Diese erweist sich als unwillens, die Probleme zu lösen. Mit Rishi Sunak kam 2022 der dritte Premierminister innerhalb eines Jahres. Liss Truss musste nach nur 40 Tagen als Premierministerin zurücktreten, weil sie mit ihrer Steuerpolitik den Finanzplatz London massiv schädigte.

In der Wählergunst sind die Konservativen weit hinter die Labour Party unter ihrem Parteichef Keir Starmer zurückgefallen.

Trotz offensichtlichem Arbeitskräftemangel verschärft die Regierung die Asyl- und Einwanderungspolitik. Jene, die sich in kleinen Booten über den Ärmelkanal wagen, werden interniert und abgeschoben – nach Ruanda.

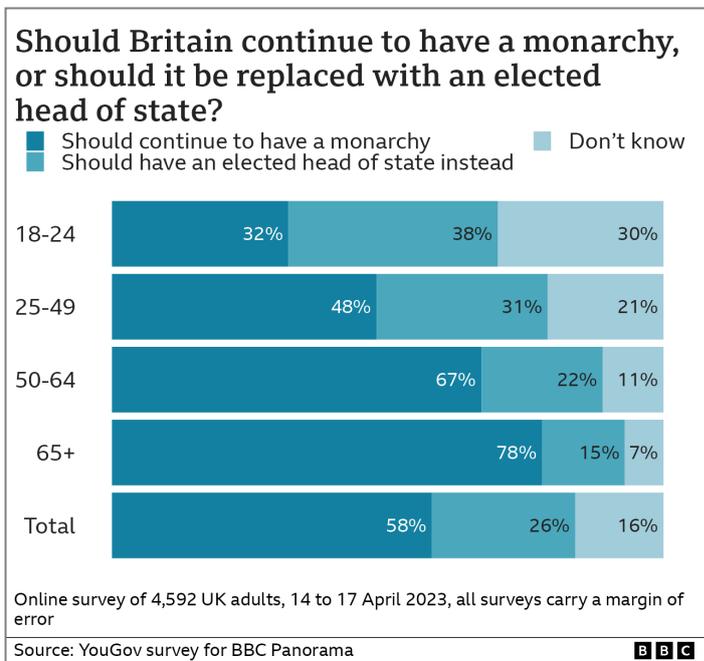
Die folgende Materialzusammenstellung greift einige dieser Aspekte auf und bietet Materialien zum politischen und Parteiensystem, zu den Folgen des Brexit, der Diversität der britischen Gesellschaft und der Zukunft der Monarchie.

Commonwealth: eine lose Verbindung von 56 souveränen Staaten mit ca. 2,5 Milliarden Menschen, die in erster Linie vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und dessen ehemaligen Kolonien gebildet wird. Die Gründung geht auf das Jahr 1931 zurück und wird als Nachfolger des britischen Empire gesehen. Zwischen den Staaten bestehen wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen (z. B. Commonwealth Games).

Commonwealth Realm: Commonwealth-Königreich, Mitgliedsstaat des Commonwealth, in dem der britische Monarch Staatsoberhaupt ist. Solche Staaten sind Monarchien.

Hat die Monarchie eine Zukunft?

Anlässlich der Krönung von Charles wurde diese Frage vielfach diskutiert. Mehr als früher formieren sich auch die Gegner der Monarchie, allen voran *UK Republic* mit ihrer Kampagne #NotMyKing. In Umfragen spricht sich aber noch immer die Mehrheit für die Beibehaltung der Monarchie aus, wenn auch mit deutlichen altersspezifischen Unterschieden:



M3 Yougov-Umfrage zur Zukunft der Monarchie; Grafik: BBC

Allerdings sehen bereits 59 % der 18- bis 24-Jährigen König Charles „out of touch“ mit den Lebensrealitäten der Menschen. Und selbst 43 % der 50- bis 64-Jährigen stimmen dem zu.

Monarchie und Sklavenhandel – reicht die Öffnung der Archive?

Eine Auseinandersetzung mit Großbritanniens brutaler Kolonialgeschichte steht erst am Anfang. Das britische Königshaus hat erstmals einer Aufarbeitung seiner Rolle im Sklavenhandel zugestimmt und öffnet die royalen Archive. Charles sprach bisher nur von Fehlern, die unsere Vergangenheit geprägt haben. Eine offizielle Entschuldigung für die Verbrechen der Sklaverei erfolgte jedoch nicht. Aus einem Bericht der englischen Tageszeitung Guardian geht hervor, dass direkte Vorfahren von Charles Plantagen und Sklaven besaßen.

M4 Die Historikerin Brooke Newman beschreibt diese Rolle in einem Gastbeitrag für den Spiegel 2021:

Es waren Vorfahren der Queen, die England in den transatlantischen Sklavenhandel eingebunden haben. Sie sind mitverantwortlich für die Versklavung und den Tod von Millionen Afrikanern. Bereits 1672 ermächtigte Charles II. die Royal African Company, Sklaven auf die Plantagen in Englands karibischen und nordamerikanischen Kolonien zu schaffen. Sein jüngerer Bruder James, der Duke of York, war größter Teilhaber und Ehrengouverneur der Royal African Company. Ihrer Gründung war mehr als ein Jahrhundert mit Sklavengeschäften vorangegangen, die die Krone gefördert hatte.

Zit. nach Spiegel Panorama



M5 Buckingham Palace, Fotografie, 2014

Der Buckingham Palace ist die offizielle Residenz der Royals; für Renovierungsarbeiten kommt der Staat auf.

Die Kosten der Monarchie

Die offiziellen Ausgaben der Monarchie kommen seit 2012 auf dem „Sovereign Grant“ (2019/20 82.4 Mio. Pfund = 93,18 Mio. Euro). Für die Sicherheit sorgt die Londoner Polizei. Dazu kommen beträchtliche Summen aus privaten Einkünften aus den Herzogtümern von Cornwall und Lancaster (um die 20 Mio. Pfund), für die die Royals seit 1992/93 freiwillig Steuern zahlen.

Argumente der Befürworter:innen

- ☺ unparteiisches Symbol für den Staat
- ☺ historische Tradition
- ☺ globale Vertretung von Großbritannien nach außen
- ☺ Tourismusmagnet
- ☺ Monarchie ist noch immer populär

Argumente der Gegner:innen

- ☹ Erbmonarchie ist undemokratisch
- ☹ privilegierter Status der Royals
- ☹ Rolle als Kirchenoberhaupt ist einer religiös pluralen Gesellschaft anachronistisch
- ☹ Britische Monarchie ist die teuerste in Europa
- ☹ Royals sind Vertreter und Nutznießer einer Klassengesellschaft

Quelle: erstellt nach: politics.co.uk

Wahlrecht und Parteien

Es gibt ein Mehrheitswahlrecht basierend auf Einerwahlkreisen. Kleinere Parteien werden von diesem System benachteiligt. Dafür gibt es meist stabile Mehrheiten für eine Partei. Koalitionen sind selten.

Conservative Party (auch Tories genannt): Vorsitzender ist Rishi Sunak. Die Partei ist in mehrere Flügel gespalten.

Labour Party: Vorsitzender ist Sir Keir Starmer; die Partei stellt seit 1945 im Wechsel mit den Konservativen die Regierung.

Liberal Democrats: etwa 20 % Wähleranteil.

Scottish National Party: schottische Regionalpartei; ihr Ziel ist die Unabhängigkeit Schottlands.

Democratic Unionist Party (DUP): nordirische Regionalpartei; probritisch, protestantisch.

Sinn Féin: katholische proirische Regionalpartei in Nordirland; strebt eine Überwindung der Teilung Irlands an.

Das politische System beruht nicht auf einer kodifizierten Verfassung, sondern auf Gewohnheitsrecht, historischen Verfassungsdokumenten (z. B. Bill of Rights von 1689), Gesetzen und Gerichtsentscheiden.

Britische Premierminister und Premierministerinnen sind sehr mächtig, weil sie viele Abgeordnete mit einflussreichen Posten versorgen können. Sie sind aber auf deren Vertrauen im Unterhaus angewiesen, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen.

- 3 Analysieren Sie den Artikel M6 im Hinblick auf den Einfluss des Wahlrechts auf politische Entscheidungen.
- 4 Vergleichen Sie das britische politische System (M7) mit dem österreichischen.
- 5 Diskutieren Sie Vor- und Nachteile eines Mehrheitswahlrechts.
- 6 Diskutieren Sie aktuelle „Aufsplittungen“ in der österreichischen Parteienlandschaft.

Konservative Partei löst politische Krise aus

M6 Der britische Wirtschaftsjournalist und Redakteur der linken Wochenzeitung New Statesman Jeremy Cliffe zum Chaos in der britischen Politik:

Seit dem Ende des Kalten Krieges [...] und vor allem seit der Wirtschaftskrise von 2008 hat sich im Großteil des demokratischen Westens eine andere Art der politischen Verschiebung verbreitet: die Aufsplittung. Durch die Liberalisierung des Handels und der Arbeit sowie den technologischen Wandel sind wirtschaftliche Identitäten und Erfahrungen nicht mehr anhand simpler Kategorien der Klassenzugehörigkeit zu verstehen. [...]

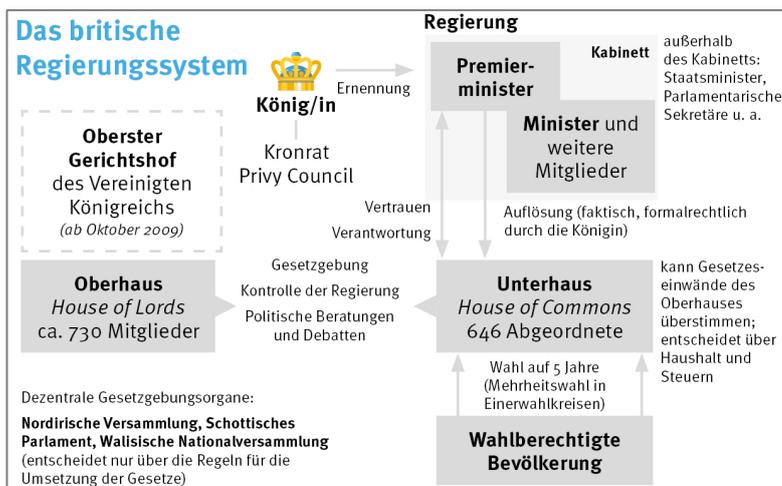
Diese Veränderungen – „Aufsplittung“ – haben die Politik in den meisten demokratischen westlichen Staaten verändert. Auf dem westeuropäischen Kontinent, wo in den meisten Staaten eine Form des Verhältniswahlrechts herrscht, haben sie die parteipolitische Landschaft fragmentiert. Große Parteien sind untergegangen oder haben sich gespalten, kleinere sind gewachsen und neue gegründet worden. [...]

Die britische Politik stand bereits unter gewaltigem Druck [...]. Mit seinem großen Finanzsektor und seinen tiefen regionalen Gräben war das Land der Finanzkrise von 2008 besonders stark ausgeliefert gewesen. Dann verhängte [Premier] Cameron auch noch massive Ausgabenkürzungen. Beides zusammen schuf neue Spannungen sowohl wirtschaftlicher als auch kultureller Natur (etwa zwischen dem kosmopolitischen London und den abgehängten provinziellen Regionen). Diese fanden ihren Ausdruck in einer neuen Anti-EU-Bewegung rechts der Tory-Partei unter Führung von Nigel Farage.

Unter einem Verhältniswahlrecht hätte diese Bewegung eine neue Partei bilden können [...]. Unter Großbritanniens Mehrheitswahlrecht aber versuchte Cameron sie in die Conservative Party einzubinden, indem er sich Anfang 2013 auf ein Referendum über einen EU-Austritt festlegte [...]. Dabei ging es einzig und allein darum, die heikle Balance zwischen der widerspenstigen Binnenkoalition der Partei zu wahren. [...]

So unterzog sich das Land 2016 dem von Cameron versprochenen Referendum, bei dem sich Konservative wie Labour darum bemühten, die umfassendere Aufsplittung der britischen Wählerschaft in unterschiedliche Richtungen in zunehmend angespannte Parteistrukturen einzubinden. Und es erklärt das Chaos, das seit dieser Entscheidung herrscht.

Quelle: Die Zeit, 23.10.2022

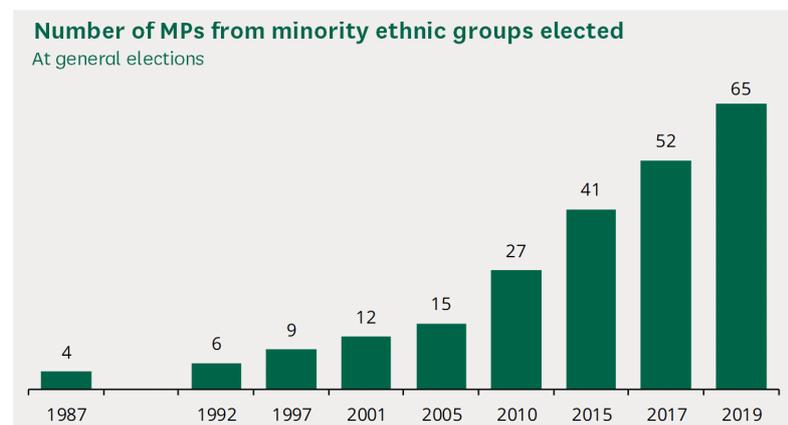


M7 Infografik: schematische Darstellung des politischen Systems. Das Vereinigte Königreich ist eine parlamentarische Monarchie mit einer starken Stellung des Premierministers / der Premierministerin. Seit September 2022 steht mit Charles ein König an der Spitze des Staates.

Ein Premierminister mit indischen Wurzeln: a dream – for some

Auch wenn der Aufstieg eines Einwanderersohns zum Premierminister beeindruckend ist und manche vom einem funktionierendem „britischen Traum“ oder einem Obama-Moment sprechen, kann der Großteil der Angehörigen der **BME** davon nur träumen. In gehobenen und besser bezahlten Berufen sind Minderheiten nach wie vor unterrepräsentiert; auch andere Formen von Diskriminierung und Rassismus im Alltag sind noch immer gegenwärtig. Eine Studie von 2021 bezeichnete Rassismus als „systemisches Problem“. Am ehesten schaffen Menschen aus den indischen Communities einen gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung. Sie sind es auch, denen der staatliche Gesundheitssektor (NHS) einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen aus den ethnischen Minderheiten verdankt (z. B. fast die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte). Große Gruppen ethnischer Minderheiten leben in eigenen Vierteln schlechter Wohnqualität (z. B. Tower Hamlets, Tottenham in London). Viele junge Menschen registrieren sich nicht einmal mehr für Wahlen.

In der Politik sind Menschen mit ethnischen Wurzeln weiterhin unterrepräsentiert, auch wenn es in letzter Zeit einige bei den Konservativen sogar bis in höchste Regierungsämter schafften (Suella Braverman, Rishi Sunak, Sajid Javi, Priti Patel, Kwasi Kwarteng, Kemi Badenoch). Die meisten eint ihr Bildungshintergrund in teuren Privatschulen und Elite-Universitäten sowie Karrieren in der (Finanz-)Wirtschaft, im Journalismus oder im öffentlichen Dienst. In Fragen wie der geplanten Abschiebung von Asylwerbern nach Ruanda vertreten sie kompromisslose Linie ihrer Partei. Kemi Badenoch sprach sich nach den Black Lives Matter-Protesten gegen die Behandlung von Themen wie weiße Privilegien und kritische Rassismustheorie an Schulen aus.



M8 Entwicklung der Zahl der BME-Abgeordneten seit 1987

Derzeit kommen 10 Prozent der Abgeordneten von einer ethnischen Minderheit. Sie verteilen sich zu etwa zwei Drittel auf Labour und einem Drittel auf die Konservativen. In der Bevölkerung liegt der Anteil der über 16-Jährigen mit ethnischem Hintergrund bei 13 Prozent – bei erheblichen regionalen Unterschieden. Im Oberhaus sind die Minderheiten mit nur 7,3 Prozent repräsentiert. Auch in anderen politischen Institutionen sind Minderheiten wesentlich weniger vertreten. Ausnahme ist das kosmopolitische London unter Bürgermeister Sadiq Khan, wo 32 Prozent der Mitglieder des Stadtrates aus Minderheitengruppen kommen – bei einem Bevölkerungsanteil von 40 Prozent. *Quelle: commonslibrary.parliament*



M9 Offizielles Porträt von Rishi Sunak, Fotografie, 2017

Als **BME** (Black and minority ethnic) werden in Großbritannien Schwarze und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten bezeichnet.

M10 Die linksliberale Zeitung *The Guardian* zu Rishi Sunak:

Großbritannien feiert zu Recht, dass es seinen ersten Premierminister hat, der asiatischer Herkunft und Hindu ist. Weniger beachtet wurde, dass es erstmals einen Investmentbanker als Premier hat.

Zit. nach: Der Falter

M11 Das Medium *gal-dem* für „people of colour“ auf Twitter:

Rishi Sunak's undemocratic election as Prime Minister is not a win for diversity, and we're not celebrating it as one.

Quelle: twitter.com/galdemzine

- 7 Diskutieren Sie die Aussage im M11, wonach Sunaks Ernennung zum Premierminister kein Gewinn für Diversität ist. Beziehen Sie sich auf die Materialien auf dieser Doppelseite.
- 8 Recherchieren Sie die Vertretung von ethnischen Minderheiten / Menschen mit Migrationsbiografie im österreichischen Parlament. Stellen Sie Vergleiche zu Großbritannien an (M8).

Gewerkschaften in Großbritannien

Großbritannien gilt als Wiege der modernen Gewerkschaftsbewegungen. Unter der konservativen Regierung Thatcher wurden die Gewerkschaftsrechte in den 1980er Jahren massiv beschnitten (Bergarbeiterstreik). Die Gewerkschaften verloren an Mitgliedern. Da es keine Betriebsräte gibt, sorgen die Gewerkschaften für die faire Behandlung am Arbeitsplatz. Die am stärksten organisierten Bereiche sind der öffentliche Dienst, das Bildungswesen, der Energie- und der Transportsektor. Diese Sektoren waren auch hauptverantwortlich für die großen Streiks der letzten Monate, wobei nicht nur für angemessene Löhne, sondern auch gegen Einsparungen im öffentlichen Sektor und Bestrebungen zur Einschränkung des Streikrechts gestreikt wurde. Der private Sektor ist gewerkschaftlich nur schwach organisiert. Der wichtigste gewerkschaftliche Dachverband ist der TUC (Trades Union Congress), wo die beiden großen Gewerkschaften Unite und Unison die Hälfte der Mitglieder stellen.

Britische Ukrainepolitik

Ungeachtet von Brexit, Inflation, Streikwellen und drei Premierministern in einem Jahr beansprucht London im Ukraine-Krieg eine Führungsrolle und gehört nach den USA zu den wichtigsten Unterstützern der Ukraine. London preschte bei der Lieferung von Kampfpanzern und der Ausbildung ukrainischer Soldaten vor. Und Londons Experten warnten als erste vor einem russischen Angriff auf die Ukraine. Für die Regierung ist dieses Engagement auch Teil ihrer Strategie eines „Global Britain“ und einer Neudefinition seiner Rolle in Europa und der Welt nach dem Brexit. Die Ukrainepolitik wird breit unterstützt. Lediglich der linke Labourflügel lehnt Waffenlieferungen ab.

ONS: Office for National Statistics:

Das **ipg-Journal** wird von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben und ist weltweit vernetzt.

Kein Anzeichen für ein Ende der Krise

Die Folgen von Brexit, Pandemie und der neoliberalen Politik zugunsten der Reichsten durch die konservativen Regierungen haben Großbritannien in eine anhaltende wirtschaftliche und soziale Krise gestürzt und die Unterschiede zwischen Arm und Reich drastisch verschärft.

M12 Der Londoner Fernsehjournalist, Hochschullehrer und Publizist Paul Mason im ipg-Journal über die schwere Krise in seinem Land:

Im Vereinigten Königreich gibt es keine Anzeichen für ein Ende der Krise der Lebenshaltungskosten. Politikerinnen zeigten sich schockiert, als das Amt für nationale Statistiken (**ONS**) in der vergangenen Woche eine Inflationsrate von 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr meldete. Eine Analyse der Resolution-Foundation, einer Mitte-links-Denkfabrik, zeigte, dass sogar die Nominallöhne stagnieren, was die Stimmung noch mehr verdüsterte.

Es gibt zwar viele Faktoren für den Inflationsanstieg, aber jeder einzelne ist in Großbritannien besonders ausgeprägt.

Erstens sind die Kosten für Grundnahrungsmittel in die Höhe geschossen. Nach Angaben des ONS waren Lebensmittel und alkoholfreie Getränke rund 18 Prozent teurer als ein Jahr zuvor – der größte Anstieg seit 45 Jahren. Der Mangel an frischem Gemüse, der durch die Unterbrechung des Handels mit der Europäischen Union seit dem Brexit verschärft wurde, führt nun zu leeren Supermarktregalen. Und dann ist da noch der Energiepreisschock aufgrund der weltweiten Öl- und Gaspreise. Dieser wurde noch verschärft durch die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Energieversorgung zu deregulieren und die Gasspeicher zu schließen.

Ein weiterer Faktor ist die Zerstückelung der heutigen Arbeiterschaft. Während die meisten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Großbritannien direkt angestellt sind und ihre Reallöhne durch die Inflation zusammenschmelzen, gibt es 4,3 Millionen Selbstständige. Viele von ihnen üben lebenswichtige Funktionen aus, wie beispielsweise die Wartung von Gaskesseln, Sicherheitsdienste oder die Auslieferung von Schwerlastgütern. Der Fachkräftemangel, der zum Teil durch den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der Freizügigkeit innerhalb der EU entstanden ist, ermöglicht es den angeschlossenen kleinen und mittleren Unternehmen, ihre Gebühren über die Inflation hinaus zu erhöhen, auch wenn bei den Beschäftigten kein Lohndruck zu erkennen ist. ▶▶



M13 Protest gegen die steigenden Lebenshaltungskosten in der Nähe von Downing Street, Fotografie, 2. April 2022

►► Und schließlich gibt es eine weit verbreitete Profitgier, die in Großbritannien durch seine stark marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft noch gefördert wird. Einer Analyse der Gewerkschaft Unite zufolge sind die Gewinne der Güterkraftverkehrsunternehmen im Jahresvergleich um 149 Prozent gestiegen, während sich die Gewinnspannen der sechs britischen Erdölraffinerien im gleichen Zeitraum verdreifacht haben.

Ein Maß dafür, wie sehr das die Arbeiter sowohl finanziell als auch psychisch belastet, ist die ausgelöste Streikwelle. Lehrer, Universitätsdozentinnen, Krankenpfleger, Krankenhausärztinnen, Eisenbahnerinnen und Amazon-Mitarbeiter haben allesamt große, gut organisierte Streiks durchgeführt. Damit haben sie eine branchenübergreifende Solidarität geschaffen, wie sie die britische Arbeiterschaft seit den 1990er Jahren nicht mehr erlebt hat. Eine weitere Momentaufnahme liefert eine Umfrage der Kampagnenorganisation 38 Degrees. Darin gaben 41 Prozent der befragten Britinnen an, dass die Preiserhöhungen ihre psychische Gesundheit verschlechtert hätten, 30 Prozent befürchteten, im nächsten Jahr Lebensmittelspenden in Anspruch nehmen zu müssen, und 35 Prozent – also mehr als jeder Dritte – gaben an, dass sie es sich nicht leisten könnten, bei Kälte die Heizung in ihrer Wohnung aufzudrehen. Dabei handelte es sich um Durchschnittswerte für ganz Großbritannien. In den alten Industriebezirken in Nordengland, Südwales, Clydeside in Schottland und im Zentrum Londons waren die Anteile wesentlich höher.

Jedoch können selbst diese Zahlen das schiere Ausmaß der Panik und Verzweiflung unter jungen Arbeiterinnen nicht erfassen. Sie sind mit bis zu 40 000 Pfund Schulden belastet, um einen Bachelor-Abschluss zu erreichen. Die Inflation der Vermögenswertpreise und die Kosten für die Kreditaufnahme durch elf aufeinanderfolgende Zinserhöhungen der Bank of England schließen sie vom Wohnungsmarkt aus. Obwohl es einen akuten Fachkräftemangel bei Arbeiterinnen und Arbeitern mit Hochschulabschluss gibt, haben sie nicht die Preisgestaltungsmacht, um ihre Löhne gegen die Inflation aufrechtzuerhalten – und die gesamte Regierungspolitik ist darauf ausgerichtet, dass dies so bleibt. [...]

Was die britische Krise jedoch (abgesehen von Griechenland) noch einzigartiger macht, ist, dass sie am Ende einer beispiellosen 15-jährigen Stagnation der Reallöhne steht. Viele Britinnen haben das Gefühl, dass der implizite Sozialvertrag gebrochen wurde. Sie erwarteten, dass die Reallöhne immer steigen würden, auch wenn das bedeutete, immer härter zu arbeiten und mehr Druck von Seiten der Managerinnen auszuhalten. In Zeiten des Abschwungs, wie zum Beispiel während der strengen Sparmaßnahmen zwischen 2010 und 2013, waren zumindest die Kreditkosten minimal. Aber jetzt werden diese Belastungen und die Lebenshaltungskosten immer höher, während die Löhne nicht schnell genug steigen können, um mitzuhalten. Aus diesem Grund sind die Streiks populär [...].

Krankenschwestern und -pfleger zum Beispiel haben in den letzten zehn Jahren einen Reallohnverlust von 20 Prozent hinnehmen müssen – praktisch arbeiten sie fünf Tage lang für vier Tage Lohn. Da die demografische Alterung diese und andere Gruppen, darunter Hausärzte und Lkw-Fahrerinnen, schrumpfen lässt, könnte eine künftige Labour-Regierung auf einer Explosion der Lohnforderungen sitzen.

Quelle: ipg-Journal

M14 Meinungsumfragen

„Sonntagsfrage“ von Yougov, Befragungszeitraum 12. bis 13. April 2023

Conservative: 28 %

Labour: 43 %

Liberal Democrat: 10 %

SNP: 2 %

Green: 6 %

Reform UK: 7 %

Andere: 2 %

Wer wäre der beste Premierminister?

Keir Starmer (Labour): 29 %

Rishi Sunak (Con.): 26 %

Ist der Brexit seit Ende 2020 gut oder schlecht verlaufen?

Befragungszeitraum Ende Juni 2022, 3551 Erwachsene



Quelle: Yougov

- 9 Skizzieren Sie anhand der Ergebnisse der Meinungsumfragen der letzten Monate (M14) ein politisches Stimmungsbild.
- 10 Begründen Sie, warum die Konservative Partei Neuwahlen ablehnt und stattdessen einen neuen Regierungschef von nur wenigen wählen ließ.
- 11 Analysieren Sie anhand vom M12 die Gründe für die Krise in Großbritannien.
- 12 Suchen Sie in M12 Werturteile, die Rückschlüsse auf die politischen Sympathien des Autors zulassen.
- 13 In Großbritannien legten in den letzten Monaten immer wieder große Streikwellen das öffentliche Leben lahm. Nehmen Sie zum Streikrecht und Bestrebungen, dieses einzuschränken Stellung.

Bildquellen und Materialien

- M1 | https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Procession_to_Lying-in-State_of_Elizabeth_II_at_Westminster_Hall_-_54_-_Charles_III_%28cropped%29.jpg | © Katie Chan (CC BY-SA 4.0)
- M2 | <https://www.politics.co.uk/reference/monarchy/>
- M3 | <https://www.bbc.com/news/uk-65326467>; https://docs.cdn.yougov.com/mcn5c6fr93/BBCPanorama_RoyalFamily_230417_w.pdf
- M4 | <https://www.spiegel.de/panorama/leute/charles-iii-verwicklung-des-koenigshauses-in-den-sklavenhandel-royale-archiv-sollen-fuer-forschung-geoeffnet-werden-a-6a0b8615-c6c6-423d-81bc-51319320408b>; Bericht des Guardian: <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/apr/27/direct-ancestors-of-king-charles-owned-slave-plantations-documents-reveal>
- M5 | https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Buckingham_Palace_from_gardens,_London,_UK_-_Diliff.jpg | © Diliff (CC BY-SA 3.0)
- M6 | <https://www.zeit.de/kultur/2022-10/grossbritannien-tories-nachfolge-liz-truss-jeremy-cliffe/komplettansicht>
- M7 | nach: Sturm, Roland: Großbritannien – Regierung und Verwaltung. Online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/10536/regierung-und-verwaltung/>
- M8 | <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SNo1156/assets/559ded7a-3aef-4292-9bc8-0606b138baab.png>
- S. 4 | Zahlen nach. <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/sno1156/>
- M9 | https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Official_portrait_of_Rishi_Sunak_crop_3.jpg | © Chris McAndrew (CC BY 3.0)
- M10 | Zit. nach: Der Falter 44/22, 02.11.2022, S. 7
- M11 | https://twitter.com/galdemzine/status/1584547237077536768?ref_src=twsrc%5Etfw
- M12 | <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/prinz-charming-bringt-die-kaelte-6624/>
- M13 | https://yougov.co.uk/topics/politics/explore/issue/Voting_Intention+; <https://yougov.co.uk/topics/politics/explore/issue/Brexit?content=surveys>

Letzte Aufrufe: 28.04.2023

Zusätzliche Materialien

- Dittert, Annette: Großbritannien: Vor dem Winter des Aufruhrs? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/22; online unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/september/grossbritannien-vor-dem-winter-des-aufruhrs>
- Britische Mentalität: „Die Briten sehen sich als ein einzigartiges Volk.“, Tuvia Tenenbom im Gespräch mit Sigrid Brinkmann (auch als Podcast verfügbar); online unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/britische-mentalitaet-die-briten-sehen-sich-als-ein-100.html>
- Ehling, Holger: Pocket Großbritannien. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn 2019; online unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/5552_pocket_GB_online-pdf.pdf
- Sturm, Roland (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Bundeszentral für politische Bildung. Als kostenloses Epub verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/300739/laenderbericht-grossbritannien/>
- Video-Dokumentation: Wohin steuert Großbritannien? (28'); online unter: <https://www.ardmediathek.de/video/alpha-demokratie/wohin-steuert-grossbritannien/ard-alpha/Y3JpZDovL2JyLmRLL3ZpZGVvLzQoMmNIZGVILWU1OWYtNGJjZi1hNmQoLTUxZGJiZWVhOWY5NA>
- Videografik: So funktioniert das politische System in Großbritannien; online unter: <https://www.rnd.de/politik/videografik-so-funktioniert-das-politische-system-in-grossbritannien-131514a6-9289-4f08-b649-3dbafc87573d.html>